

Ginsheim-Gustavsburg, 06.03.2021

Stellungnahme der Freien Wähler zur Bauernbrücke

Nach Angaben des Bürgermeisters musste die Brücke nach der letzten Untersuchung im Jahr 2019 für den PKW und landwirtschaftlichen Verkehr gesperrt werden. Tatsächlich wurde die Brücke aber erst im Jahr 2020 für den Verkehr gesperrt.

In der Zwischenzeit wurde der kritische Zustand offenbar ignoriert oder toleriert.

Im September 2020 legt der BM einen Beschluss vor, der entweder die Planung und Neubau einer Brücke über den Schwarzbach oder die Prüfung des Rechtsweges vorsah. Zu diesem Zeitpunkt war ungeklärt, ob die Klage gegen die Stadt, zum Bau einer Brücke überhaupt zulässig ist, da die Stadt Ginsheim-Gustavsburg nicht der Eigentümer des dortigen Geländes und in der Folge auch nicht der Brücke ist.

Vor dieser unklaren Rechtslage kann auch nicht ohne weiteres dem Bau einer Brücke für eine geschätzte Summe von **600.000 €** zugestimmt werden. Ein solches Vorgehen ist völlig unprofessionell.

Durch Sigi Nachtmann waren die Freien Wähler bereits seit 2016 mit verschiedenen Fachfirmen im Gespräch, um praktische Lösungsmöglichkeiten zur Sicherung einer zumindest begrenzten Befahrbarkeit zu erreichen.

Entsprechende Vorschläge wurden von Sigi Nachtmann auch unmittelbar in die Verwaltung eingebracht und weitergegeben.

An dieser Stelle sei nochmals daran erinnert, dass das Engagement von Sigi Nachtmann unserer Stadtkasse in der Vergangenheit viele 100.000 Euro gespart hat.

Unter den Firmen befand sich auch die nun vom Bürgermeister beauftragte Firma Donges aus Darmstadt. Hier hätte die Verwaltung bereits 2017 entsprechende Prüfungen und Maßnahmen beauftragen können, um die Befahrbarkeit zu prüfen und zu erhalten! Diese Aktivitäten wurden jedoch ignoriert und einfach abgetan - bis es nun gar nicht mehr ging.

Dieses Versagen der Verwaltung soll nun den ehrenamtlich tätigen Stadtverordneten zugeschoben werden – aber so nicht! Nicht mit den Freien Wählern!



Durch die Politik wurde die Brücke auch nicht in dieser Form abgesperrt - dies war eine Maßnahme der Verwaltung, die durch eigene jahrelange Untätigkeit ausgelöst wurde.

Bereits im Jahr 2018 hätten entsprechende Belastungsprüfungen durchgeführt werden können, um zumindest die Zufahrt für Pkw bis 3,5t zu gewährleisten.

Stattdessen wird ein Monolith vor der Brücke eingelassen und behauptet die Politik habe versagt. Nein, die Ehrenamtlichen und hier besonders Sigi Nachtmann haben ihre Aufgaben erledigt, man muss solche Hinweise halt eben auch mal ernst nehmen und zeitnah umsetzen.

Plötzlich - unter dem Druck der Medien wird der Bürgermeister aktiv und nimmt nun Kontakt mit Fachfirmen auf. Warum ist das nicht früher geschehen? Hinweise und Kontakte lagen der Verwaltung vor...